

Male der Stimme enthielten. Sie wußten wohl schon um Brauns Pläne, und sie haben nichts dagegen, daß Seering den Reichstag Deutschlands spielt, der, wenn er seine Aufgabe als Volksminister gegen rechts erfüllt hat, von den Jüngern Venins in Deutschland abgelöst werden soll.

Alein, schon in der sozialdemokratischen Berechnung findet sich ein entscheidender Fehler. Von den kommunistischen Erwartungen ganz zu schweigen. Die Sozialdemokratie geht von der Voraussetzung aus, sie könne durch die Fuldung des Kabinetts Brünings im Reich vom Zentrum und den übrigen Koalitionsparteien als Kaufpreis die unumkehrliche Herrschaft in Preußen fordern. Aber diese Ueberlegung ist falsch. Das Kabinett Brünings ist ebensowenig auf die Unterstützung der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei angewiesen, wie auf die der Sozialdemokratie. Aber die beiden erstere Parteien sitzen am längeren Hebelarm. Sie stehen zur Preußenregierung in Opposition. Falls Braun für die Fuldung des Kabinetts Brünings einen Freibrief für die Fortführung der nationalen Bewegung in Preußen fordert, werden sie, ohne parteipolitisch etwas zu verlieren, die Ersetzung des Kabinetts Brünings durch eine Reichsregierung vom Zentrum erzwängen müssen. Braun riskiert in diesem Falle aber seine Machtposition in Preußen. Da das Zentrum seit dem 14. September seine Schlüsselstellung im Reich verloren hat und nicht mehr, je nach seinen parteipolitischen Zielen, zwischen der Koalition mit rechts

oder links wählen kann, so würde ein solches Vorgehen Brauns in Preußen den Sturz Brünings durch die gesamten Reichsparteien bedeuten, um über die Reichsregierung im Reich eine Auflösung des Preussischen Landtags zu erzwingen. Denn Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei könnten sich auf die Dauer nicht dem Vorwurfe erwehren, durch Unterstützung Brünings indirekt eine sozialistische Kampfregerung in Preußen am Leben erhalten zu haben.

Wir sehen, das nationale Deutschland braucht die harten Seiten Brauns und Seerings nicht zu fürchten. Je trüglicher sich die sozialistischen Machthaber gebärden, um so früher wird es auch mit ihrer Herrschaft in Preußen zu Ende sein. Denn an die letzte Möglichkeit, daß Brünings zusammen mit Braun an eine Diktatur denkt, möchten wir nach der peinlichen Ueberfaltung des Zentrums über Seerings willkürliche Berufung vorläufig nicht glauben. Aufmerksamkeit verdient allerdings der Versuch der Sozialdemokraten, mit Methoden, die den Nationalsozialisten abgelauscht sind, neuen Kampfeserifer in die mürben Reihen der eigenen Anhänger zu bringen. Versammlung auf Versammlung mit den Prominenten der Partei sollen das Interesse an einer altersschwachen Idee wieder in weiten Kreisen beleben. Die nationalen Parteien werden nun erst recht mit ungeschwächter Energie den Kampf für die innere und äußere Befreiung unseres Volkes fortsetzen müssen.

**Sachsens politisches Schicksal**

Der Bericht des Hrn. Garbi auf dem Wahlkreisparlament der Deutschen Volkspartei

Aus dem Bericht des Landtagsabgeordneten Garbi über die politische Lage in Sachsen auf dem Wahlkreisparlament der Deutschen Volkspartei bringen wir heute folgende grundsätzliche Ausführungen:

Als Ergebnis einer fast geschäftigen Entwicklung sehen wir, daß aus dem „roten Sack“ der Vor- und Nachkriegszeit, aus der einstmaligen Hoffnung auf einen „Mittel-deutschen roten Bloch“ und dem von Rußland andererseits her sich erhellenden für den Volkswidmum ein Ordnungslastiges geworden ist. Es bleibt das Verbleiben der Deutschen Volkspartei und ihrer Führer Stresemann und Heine, mit harter Hand aus dem Sack eines Reichers und Jägers einen Staat gemacht zu haben, der ordentlich und ruhig verwalten wird. Durch Zurückstellung aller parteipolitischen Ziele gerade seitens der alten und größten Parteien ist es möglich gewesen, den bürgerlichen Einfluß in der sächsischen Regierung immer mehr zu stärken. Die nicht-marxistischen Parteien haben zunächst mit 23, dann mit 3, endlich mit nur 2 Mandatkräften in der Regierung, und in den letzten Monaten der Regierung Brünger hatten wir sogar ein marxistisches Kabinett.

Man muß sich das Hin und Her des sächsischen Kampfes im letzten Jahrzehnt in die Erinnerung zurückrufen, um die ganze Tragik der gegenwärtigen Lage unseres gesplitterten Bürgerturns zu empfinden. Für den Wähler, der die Dinge mit offenen Augen betrachtet, liegen sie furchtbar einfach: Er sieht als Ergebnis des jahrelangen Ringens um die politische Macht in Sachsen 61 nichtmarxistische und 45 marxistische Abgeordnete. Er sieht ferner eine Regierung, gebildet unter dem Gesichtspunkte der Sparsamkeit, zusammengeleitet aus Beamten, deren sachliche Einstellung und sachliche Fähigkeit über jeden Zweifel erhaben ist.

Im Dunkel der Parteipolitik vermischen sich diese klaren Linien. Da geschieht das, was dem unbefangenen Wähler immer ein Buch mit sieben Siegeln bleiben wird: Politiker, die dem Parlamentarismus den schärfsten Kampf angelegt haben, verlangen eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage. Und dann sind die 61 nicht unter einen Hut zu bringen. Entweder schaut man links oder am rechten Hande jemand heraus. Die Mehrheit des Landtages setzt eine offene oder verdeckte Abneigung gegen eine solche Auflösung innerhalb kurzer Zeit, bei der den Gewinn nur diese oder jene Partei, den Schaden aber der Staat hat. Kurzum: Die nichtmarxistische Mehrheit ist da, aber sie macht sich nicht bemerkbar, kommt nicht zur Auswirkung. Das Parlament organisiert seinen Selbstmord, und davon lebt die nichtparlamentarische Regierung. Man wagt auf die Demokratie und legt sich bei dieser Gelegenheit einen „Staatspräsidenten wider Willen“ zu. Im Volke aber sagt man: Was ist das?

Außerhalb des Parlamentes der Brühlschen Terrasse macht man sich schon heute wenig Kopfschmerzen darüber, ob die Regierung parlamentarisch oder geschäftsführend fundiert ist. Die Hauptfrage ist, daß sie führt. Eine kluge Staatsleitung kann jetzt in der Stimmung der Bevölkerung den Boden weiter auslockern für eine Veränderung der Verfassung, die die Spitze unseres Landes unabhängig macht von den ständig wechselnden politischen Strömungen.

Die Deutsche Volkspartei hat bei dem Verlust einer parlamentarischen Regierungsbildung gemäß den Beständen ihres Landesvorstandes alles getan, um eine nichtmarxistische Regierung zu ermöglichen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen ist für sie erstes und oberstes Gebot: An die praktische Arbeit! Am Schluß seines Berichtes wies der Redner auf die erfreuliche Tatsache hin, daß der Landtag es trotz aller Zerrissenheit fertig gebracht habe, eine Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten zu schließen, die Verhandlungen zur Revision des Youngplanes fordert.

Ferner ging er auf die letzten Ereignisse in der Tischendorfstraße ein, die ein Mahnruf auch an die sächsische Öffentlichkeit und die sächsische Regierung seien. Er betonte die deutsche Sendung Sachsens, die Notwendigkeit, die wirtschaftlichen und kulturellen Kraftzentren im Osten zu erhalten, und die Bedeutung Dresdens als Brückenpost gegen das Slaventum hin. Auch der Reichsregierung gegenüber gilt es zu betonen: Neben anderen bestehenden Grenzgebieten gibt es auch eine Grenzmark Sachsen.

# Das Alsdorfer Unglück wird immer rätselhafter

## Auch die Benzolmager unverfehrt

Alsdorf, 23. Okt. Der Unfallauschuss des Gruben-sicherheitsausschusses des Oberbergamtes Bonn teilt mit: Der Unfallauschuss setzte am Donnerstag seine Untersuchungen fort. Weitere von der Explosion erlittenen Zeigerreviere wurden besichtigt. Auch in diesen Revieren konnte der Ursprungsherd der Explosion nicht festgestellt werden. Während Mitt-woch noch angenommen werden konnte, daß über Tage eine Benzol- oder Benzolexplosion vermutet werden konnte, scheidet auf Grund der Ergebnisse der langsam fortgeschrittenen Aufklärungsarbeiten über Tage diese Annahme aus, weil die Benzol- und Benzollager unverfehrt vorgefunden worden sind. Der Umstand, daß über Tage unlangwierige Herdfürungen an der Schachtanlage und den Betriebsgebäuden eingetreten sind, sowie die kilometerweite Einwirkung der Explosion auf die Betriebsabteilung unter Tage, erschwert die Klärung der Ursache des Unglücks außerordentlich. Die Zahl der Toten beträgt 255, die der in den Krankenhäusern untergebrachten Verletzten 99.

Sprache hielt an Stelle des verhinderten Reichsarbeitsministers Reichsinnenminister Dr. Brüning. Es sei, so führte der Minister aus, eine der schwersten Bergwerkskatastrophen, die das deutsche Volk je betroffen habe. Der Blick schweife auf der einen Seite auf die schauerlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrisis und auf der anderen Seite in eine der ersten und bedrängtesten Gegenden unseres Vaterlandes, in das Rachenerevier. Wenn man diesen sozialen Bedrängnissen zusehe, so könne man wahrhaftig bangen werden über die Auswirkungen dieser ungeheuerlichen Katastrophe. Aber auch in solcher Katastrophe offenbare sich etwas, was die Menschen zum Nachdenken und zur besinnlichen Schau auf das gemeinsame Schicksal bestimme. Niemals mehr als bei einer solchen Katastrophe offenbare sich die echte und christliche Gesinnung der Schicksalsverbundenheit mit den unglücklichen Opfern der Arbeit. Man müsse sich über die Schwierigkeiten des Daseins zusammensetzen in der festen Zuversicht und in dem festen Willen, sich aufs neue einzusetzen für die Ordnung in unserem geliebten Vaterlande.

## Hilfer wird Herbé antworten

München, 23. Okt. In dem Telegramm Arnold Hebergs an Adolf Hilfer über das Verhändlungsangebot Gustave Herbés bemerkt der „Bäilische Beobachter“, Adolf Hilfer werde seine Antwort im „Bäilische Beobachter“ am Sonnabend, dem 23. Oktober, bekanntgeben.

**Preußens Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Berlin, 23. Okt. Wie verlautet, beabsichtigt die preussische Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Maßnahmen zu ergreifen, die sich u. a. auf die Verlängerung der Schulpflicht, auf die Kürzung der Arbeitszeit, auf die Einschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Preußen und auf Meliorationsarbeiten in der Landwirtschaft beziehen.

**Ein Erlass Görners an die Reichswehroffiziere**

Berlin, 23. Okt. Der Reichswehrminister Görner hat wie verlautet, nach dem Abschluß des Prozesses vor dem Reichsgericht an die Offiziere der Reichswehr einen Erlass gerichtet, in dem darauf verwiesen wird, daß der Reichswehrminister es als eine Befehlspflicht zurüchweisen müsse, wenn ihm nationale Gesinnung abgeprochen würde. Weiterhin hat der Reichswehrminister in vollkommener eindeutiger Form die Offiziere noch einmal auf die unbedingte Pflicht zum Gehorsam hingewiesen.

Die Bergbauarbeiten gehalten sich in ihrem letzten Stadium äußert mühsam, obwohl mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet wird, um die letzten noch Vermissten aus der Grube herauszuholen. Es ist bezeichnend, daß die Größe des Unglücks und der langsam fortschreitenden Beseitigung der letzten Hindernisse bei der draußen harrenden Menge Herzklopfer und Erregung hervorrufen. Im benachbarten Aachen gehen heute in allen Straßen die Flaggen auf halbmast. Auch Alsdorf selbst gibt auf diese Weise seiner Trauer Ausdruck. Hin und wieder kommt ein Wagen, mit Tannenzweig geschmückt, mit Särgen durch das Revier. Am Verwaltungsgebäude ist man eifrig damit beschäftigt, die Trümmer zu beseitigen, eine Arbeit, die noch Tage erfordern wird. Im Gewerkschaftszimmer debattieren Delegationsangehörige über die Katastrophe. Auf der Dorfstraße haben die Rettungsmannschaften zu neuer Arbeit. An einem Schalter der Grube werden von den Angehörigen die noch Vermissten gemeldet. Zahlen schwirren durch die Luft. Kaum sind die 250 Opfer bekräftigt, so wird schon von 270 gesprochen. Das erhöht die Unruhe. Jeder Angehörige möchte Gemisheit über die Seinigen haben, die doch vorläufig in vielen Fällen noch nicht zu erlangen ist.

## Die Kommunisten

veranstalteten am Donnerstagabend auf dem Marktplatz von Alsdorf eine Kundgebung, an der etwa 350 Personen teilnahmen. Vor dem Grubengebäude war ein starkes Polizeiaufgebot eingesetzt. Der Zug verlief trotz dem, von der anderen Seite her an das Grubengebäude heranzukommen, wurde aber sofort abgedrängt. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen. Die Kommunisten hatten bereits heute versucht, auf den übrigen Gruben des Schweißer Bergwerksvereins die Verhaftungen zum Streik zu bewegen, hatten jedoch keinen Erfolg. Sie haben für Sonnabend, dem Tag der Begräbnisfeierlichkeiten, erneut zum Generalstreik aufgerufen.

## Die Vorbereitung der letzten Ruhestätte

Die Gemeinde Alsdorf hat einen Friedhof abstecken lassen, der morgen von 200 Arbeitern vorbereitet werden wird. Das Gelände liegt zwischen Tannenwald und Weidenbäumen. Es sind vier große Grabreihen vorgesehen, durch deren Mitte ein Weg führen wird. Diese Stätte wird der Mittelpunkt des zukünftigen Gemeindefriedhofes sein. An eine Trauerfeier, die am Sonnabendvormittag um 9.30 Uhr im Verwaltungsgebäude der Grube Anna I stattfindet, wird sich die Beerdigung anschließen.

Zur Beerdigung der Opfer am Sonnabendvormittag um 9.30 Uhr werden sich aus dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Minister Dr. Schreiber und Ministerialdirektor Flemming, als Oberberghauptmann, begeben.

Der Reichsdeutsche Rundfunk wird die ganze Trauerfeier auf alle weitverbreiteten Sender übertragen. — Die Beilehung der Toten wird, soweit auswärtige Friedhöfe in Frage kommen, am Nachmittag desselben Tages erfolgen.

## Die Spendenfammlung

Berlin, 23. Okt. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Reichsregierung und preussische Staatsregierung bitten, alle Spenden, die aus Anlaß des Rachenere Grubenunfalls annehmen werden, der Reichsgeldkassette der Deutschen Reichsbank, Berlin W. 8, auf Postfachkonto Berlin 156 000 oder auf Konto: „Deutsche Reichsbank, Grubenunfall Anna I in Alsdorf“ bei der Zentrale der Deutschen Bank und Postkontogemeinschaft in Berlin zu überweisen. Außerdem nehmen in Reichsdeutschland Spenden an: Das Oberbergamt in Bonn, Postfachkonto städt. 87 418, und der Regierungspräsident in Aachen (Regierungshauptkasse Aachen, Postfachkonto Köln 10 632).

Nur dadurch, daß die Spenden diesen Stellen überwiefen werden, läßt sich sicherstellen, daß sie einheitlich und zweckmäßig verwendet werden.

## Sammlungen auch in Holland

Der Gouverneur der holländischen Bergwerksprovinz Limburg hat an die Oberbürgermeister seiner Provinz einen Aufruf gerichtet, in dem er sie zur Organisation von Sammlungen der Hinterbliebenen der großen Bergwerkskatastrophe in Alsdorf anspricht. Der Bürgermeister von Heerlen hat bereits die Errichtung eines Hilfskomitees in die Wege geleitet, während die Ortsgruppe Heerlen des holländischen Roten Kreuzes für die Sammlung der zur Verfügung gestellten Geldbeträge sorgen wird.

## Trauerkundgebung im Reichsrat

Berlin, 23. Okt. Die öffentliche Sitzung des Reichsrates am Donnerstag wurde mit einer Trauerkundgebung für die Opfer des Alsdorfer Grubenunglücks eingeleitet. Die Kun-

# Vor landwirtschaftlichen Notverordnungen

Berlin, 23. Okt. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß nach den Erklärungen des Reichslandwirts Brüning beim Empfang der Führer der Landvolkpartei am Mittwoch und nach deren Empfang beim Reichspräsidenten am Donnerstag damit zu rechnen ist, daß das Reichskabinett sich bereits in der aller nächsten Zeit mit dem Erlass landwirtschaftlicher Notverordnungen beschäftigen wird. Es ist bekannt, daß Reichsernährungsminister Schiele die Notwendigkeit der unverzüglichen Regelung verschiedener dringender landwirtschaftlicher Fragen vertritt. Die grundlegenden Vorarbeiten für die Einzelheiten der in Frage kommenden landwirtschaftlichen Notverordnungen sind im Reichsernährungsministerium so weit gefördert, daß mit ihrem Abschluß in den nächsten Tagen gerechnet werden kann.

## Reichslandbund und Landvolkpartei

Berlin, 23. Okt. Die am Donnerstagvormittag von der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei verbreitete Erklärung zur Präsidentenwahl im Reichslandbund, die sich besonders scharf gegen den neuen geschäftsführenden Präsidenten, Grafen Kallreuth, richtete, hatte in Berliner politischen Kreisen den Eindruck erweckt, als ob eine Spaltung des Reichslandbundes und die Gründung einer neuen Organisation mit Unterstützung der Landvolkpartei durch den Abgeordneten Dupp bevorstünde. Wie wir von befreundeter Seite erfahren, scheint die Erklärung eine detariante Bedeutung nicht zu haben.

Es handelt sich lediglich um eine Erklärung der Pressestelle der Landvolkpartei, die nicht die vorherige Bilkung der Parteileitung gefunden hatte.

Wie wir weiter erfahren, lehnen es auch führende Persönlichkeiten der Landvolkpartei ebenso wie Reichsernährungsminister Schiele ab, sich mit der Erklärung zu identifizieren. Wie aus Kreisen des Bundesvorstandes mitgeteilt wird, entsprechen die Angaben der Erklärung der Pressestelle der Landvolkpartei über das Zustandekommen der Wahl des Grafen Kallreuth nicht den Tatsachen. Die außerordentlich starke Mehrheit für Graf Kallreuth setzte sich aus Vertretern der verschiedenen Richtungen innerhalb des Landbundes zusammen.

## Kein Einspruch des Reichsrates gegen die Amnestie

Berlin, 23. Okt. Der Reichsrat stimmte heute dem vom Reichstag angenommenen Weisungswort über die Schuldenfremdung und zur Durchführung der Entschädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Konventionsabkommens zu, ebenso der Ergänzung zum Handelsabkommen mit Finnland. Auch bezüglich der vom Reichstag beschlossenen Amnestie wurde gegen die Stimmen der preussischen Provinzen Hessen-Raffan und Sachsen von der Einlegung eines Einspruches abgesehen. Angeht mit wurde weiter einem Ge-

lebenwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, den Zinsfuß für die Aufwertungsschuldposten, der ursprünglich bis zum 1. Oktober festgelegt sein sollte, mit Rücksicht auf die Verhältnisse am Kapitalmarkt später festzusetzen, und zwar bis zum 15. Dezember d. J. In einer Entschließung des Reichsrats wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Reichsregierung schon vor dem 15. Dezember, sobald es irgend möglich ist, den Zinsfuß festsetzt. Am Schluß der Sitzung hat der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein namens der preussischen Reichsratsbevollmächtigten die Reichsregierung, baldmöglichst auch den Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats über die außenpolitische Lage zu unterrichten. Von Seiten der Reichsregierung wurde erklärt, daß die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichsrats für die nächste Woche beabsichtigt ist.

## Die Angst vor der Rechten

Die Sozialdemokraten hatten für Donnerstagabend mehrere Versammlungen einberufen, die größte im Circus Sarrasani. Wer gehofft hatte, daß der Reichstagspräsident Löbe die Kämpfe, die heute im deutschen Volke ausgetragen werden, von etwas höherer Barie aus beurteilen würde, wurde schwer enttäuscht. Seine Rede, beherrscht von einer schier ungläublichen Angst vor der erwachenden nationalen Welle, brachte nicht einen einzigen positiven Gedanken, auch nicht den Versuch einer Rechtfertigung der sozialistischen Theorie und Praxis, sie war absolut negativ und erschöpfte sich darin, den geistigen Wegener durch persönliche Anwürfe unsachlicher Art und durch eine auf urteilsunfähige Massen spekulierende Tendenzrede verächtlich und lächerlich zu machen. (Noch mehr bemühte sich in dieser Hinsicht die nach ihm sprechende Reichstagsabgeordnete Toni Sender mit ihren teils dilettantischen, teils fanatischen Wirtschaftstheorien.) Löbe — das ist das einzige Beachtenswerte an der Versammlung — appellierte an den Kampfwillen seiner Genossen, gab offen zu, daß die Berufung Seerings zum preussischen Innenminister eine Kampfmahnahme gegen den Nationalsozialismus bedeute, den Aufruf zu der erwarteten Auseinandersetzung, und daß man innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach reiflichen Beratungen auf der Parole gekommen sei: Wir kämpfen so, daß die Polizeigewalt nicht der Rechten zufallen kann! — Was wir schon immer wußten, daß der Sozialdemokraten die Partei über dem Staat, die demagogischen Schlagwörter über dem wahren Volkswillen stehen, das wurde so von Löbe indirekt wieder bekräftigt. Er ließ seine Genossen auf zum fanatischen Kampf gegen alle, die angeblich „Arbeiterfeinde“ sind, die aber nichts wollen, als die deutsche Arbeiterkraft betreten vom Vornantum.

**Erhältet!** *Für Sodener halten*